

**Einfache Anfrage SVP-Fraktion / CVP-EVP-Fraktion / FDP-Fraktion:
«Auswirkungen der Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den
Kanton und die Gemeinden im Kanton St.Gallen?»**

Die Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» verlangt, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als die bestbezahlte Person im gleichen Unternehmen in einem Monat. Ausgehend von einem möglichen Mindestlohn von Fr. 3'500.– bei 12 Monatslöhnen, würde das durch die Initiative zulässige Lohnmaximum im Betrieb bei rund 500'000 Franken eingefroren. Gesamtschweizerisch hatten 2010 etwa 12'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein AHV-pflichtiges Einkommen von Fr. 500'000.– oder mehr. Rund 4'700 lagen über Fr. 750'000.– und etwa 2'600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten mehr als 1 Mio. Franken/pro Jahr. Ausgehend davon, dass nach der Annahme der Initiative alle Löhne über dem Schwellenwert verschwinden, dürfte die Eindeckelung der Löhne nicht nur Folgen innerhalb und für die betroffenen Firmen bzw. Angestellten, sondern auch Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden haben. Gesamtschweizerisch sind schätzungsweise allein für die Sozialversicherungen Einnahmeneinbussen von rund 560 Mio. Franken zu erwarten.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen im Kanton St.Gallen über ein Einkommen von mehr als Fr. 500'000.–? Mit welchen Ausfällen ist bei den Sozialversicherungen (AHV, IV, EO) im Kanton St.Gallen zu rechnen?
2. Würde die Initiative angenommen, hätte das auch Folgen auf das Steueraufkommen. Wie gross wären geschätzt die Steuerausfälle für den Kanton?
3. Was wären die Folgen für den kantonalen Finanzhaushalt?
4. Lässt sich abschätzen, wie gross die Steuerausfälle bei den Gemeinden sein werden?
5. Denkbar ist, dass die Annahme der Initiative darüber hinaus den unerwünschten Anreiz schafft, dass Arbeitsplätze mit Niedriglöhnen über Outsourcing, Umwandlung von Arbeitsplätzen in Praktikantenstellen, Umwandlung von Arbeitsverträgen in Beschäftigungsverträge mit «Scheinselbständigen» analog dem europäischen «Dienstnehmervertrag» eliminiert werden, damit sie das 1:12 System im Unternehmen nicht nach unten ziehen. Kann die Regierung eine Schätzung abgeben, wie viele Arbeitsplätze dies theoretisch betreffen könnte?»

8. August 2013

SVP-Fraktion
CVP-EVP-Fraktion
FDP-Fraktion